

Arbeiterblatt

PROLETARISCHE VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nr 6.

Juli 1950

Das Lied der Freiheit

Aus allen Ecken tönt es uns entgegen, das Lied der Freiheit. Wer sind die Sänger? Was wollen sie damit? Welche Freiheit meinen sie: Die Freiheit wovon? Die Freiheit wozu?

Freiheit von den feudalen Fesseln, das war der Kampf der Bourgeoisie 1789 in Frankreich, 1848 in Deutschland, Oesterreich, Italien. Diese Zeiten sind vorbei. Seither verschmolzen Feudaladel, Kirche, Bürgertum immer mehr zur kapitalistischen Ausbeuterklasse. Zusammen mit den Herren Raab, Margaretha, Figl & Co singen heute auch Graf Strachwitz, Kardinal Innitzer & Co das Lied von der (kapitalistischen) Freiheit, von der (Ausbeutungs-)Freiheit, vom "freien Entfalten der (kapitalistischen) Persönlichkeit".

Auch die Herren Schärf, Helmer, Böhm, Polak & Co singen das Freiheitslied besonders freibig. Freiheit von der kapitalistischen Ausbeutung, für den freiheitlichen Sozialismus, für die freie Entfaltung jedes Menschen, für die sozialistische Freiheit! - so singen sie. Wir hören die Worte, wir hören den Text. Es sind richtige Worte, es ist ein guter Text. Doch im sozialistischen Freiheitskampf muß man die Freiheitswörter prüfen an den Freiheits t a t e n. Was tun SP und ihre Gewerkschaftsbürokratie für die sozialistische Freiheit?!

Nun, sie "kämpfen" ihren "sozialistischen" Freiheitskampf Hand in Hand mit den kapitalistischen Ausbeutern!... Sogar in der Bourgeoisregierung wirken sie zusammen mit den Vertretern der Kapitalistenklasse "für den freiheitlichen Sozialismus", wie sie sagen. Kann man das? Kann man zugleich dem Profit und dem Lohn dienen? Nein, das kann man nicht! Aber sagen die Schlauesten unter ihnen: man kann wenigstens "vermitteln", omprom-

missio schliessen. Gewiss kann man das, allein Kompromisse zum Nachteil des Lohns, zum Nachteil der Arbeiterklasse. Ein Kompromiss zu Gunsten des Lohns, zu Gunsten der Arbeiter ist von den Profitherren zu haben einzig und allein durch K a m p f gegen sie! Die SP und die Gewerkschaftsbürokratie jedoch haben den Kampf gegen die Bourgeoisie aufgegeben, sie haben sich mit dem Klassenfeind der Arbeiter verbündet. In der Koalition mit der Ausbeuterklasse oder Teilen derselben gibt es Kompromisse nur auf Kosten der Massen. Das zeigen die Tatsachen, die jeder Arbeiter an seinem Leib spürt. Das Sinken der Reallohne unter der kapitalistisch - "sozialistischen" Koalition in England, Frankreich, Belgien, Italien und auch in Oesterreich.

Kann man im Bunde mit den Herren der Ausbeutungsfreiheit ernstlich kämpfen für die Freiheit von der Ausbeutung, für die sozialistische Freiheit? Das kann man nicht! Wozu hat denn die Bourgeoisie die Koalition mit der SP geschlossen? Nach dem Fall Hitlers war die Lage für das Ausbeutungsgeschäft in der Tat schwierig. Die durch Dollfuß, Schuschnigg, Hitler gepeinigten Massen konnten jede Weile explodieren. Unter solchen Bedingungen das Profitgeschäft fortsetzen, den Wiederaufbau kapitalistisch, das heisst auf Kosten der Massen, in Gang setzen, durchführen, das war der Ausbeuterklasse möglichst nur, indem sie SP und Gewerkschaftsbürokratie - im ersten Anlauf sogar auch die Kremlpartei! - in die Ausbeuterregierung hereinnahm, mit der Aufgabe: die kapitalistische "Nahe und Ordnung" mit zu sichern, die "aufgeregten" Massen zu "beruhigen", für den Profit in Gang

zu halten. Dafür bekamen die Arbeiterburekraten der SP, KP, Gewerkschaften ihren Judaslohn. Um ihnen die Aufgabe zu erleichtern, machten die Ausbeuter einige sozialpolitische Zugeständnisse und stimmten einigen Verstaatlichungen zu, damit die Judasse den Massen vorspiegeln könnten, es gehe zum Sozialismus...

Das Freiheitslied der SP hat auch einen aussenpolitischen Sinn. Mit Recht wendet sie sich gegen die Politik der Unterdrückung, die der Kreml und die "Volksdemokratien" betreiben. Nur "vergisst" sie dabei einige "Kleinigkeiten".

1. Sie "vergisst", dass auch die Labourregierung die deutschen Volksmassen, darunter auch die deutschen Arbeiter, mitunterdrückt und sich auch an deren Ausplündern beteiligt hat. Sie "vergisst", dass die Vertreibung von 14 Millionen Deutscher - davon der Grossteil Arbeiter und arme Bauern - aus Ostpreussen, Posen, Schlesien, Sudetenland mit ausdrücklicher Zustimmung der Labourregierung durchgeführt wurde. Sie "vergisst" zu berichten, dass die SPF das in der französischen Regierung mitgemacht und dass die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie die Unterdrückungs- und Raubpolitik der USA-Regierung gebilligt, unterstützt haben.

2. Die SP führt den Kampf gegen die Kriegsrüstungen des Kreml - aber sie "vergisst" zu erwähnen, dass die Weltimperialisten mit USA an der Spitze zum Angriffskrieg gegen die SU rüsten, ja sie hilft den Kriegstreibern ihre Kriegstreiberei mit Friedensgeheuchel zu tarnen.

3. Dem stalinschen Knutenregime, diesem Schwindel "Kommunismus", stellt die SP entgegen den demokratischen Sozialismus. Sie "vergisst" den Arbeitern zu sagen, dass sie damit den bürgerlichdemokratischen, den kapitalistischdemokratischen, den pro imperialistischen "Sozialismus" meint. Das heisst, den "Sozialismus" im Rahmen der kapitalistischen Bedingungen: im Rahmen des Eigentums der Ausbeuterklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln, im Rahmen des Profits, im Rahmen des kapitalistischen Staates; woran nichts geändert wird dadurch, dass paar Minister, paar Polizeigewaltige der SP angehören; woran nichts

geändert wird dadurch, dass ein Teil der Produktionsmittel verstaatlicht ist, den sie werden zu Profitzwecken betrieben, werden geleitet, verwaltet, kontrolliert durch die Bürokratie des Bourgeoisstaates, auf diesem Weg also durch die Kapitalistenklasse.

Der "Freiheitskampf" der SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie ist wohl anti-stalinistisch, aber in seiner Linie, seinem Zielpunkt - der Wirkung nach ist er prokapitalistisch. Die SP, LP und die Gewerkschaftsbürokraten sind im Kampf gegen den Kreml tatsächlich Verbündete des Weltimperialismus. Sie bemänteln das durch Gerede über "Die Demokratie" (die Profitdemokratie), über den "freiheitlichen Sozialismus" (den bürgerlichdemokratischen "Sozialismus"). Die kommende Schlusstappe des zweiten imperialistischen Weltkriegs wird diese Houchelei enthüllen: überall wird der "heisse Krieg" die SP, LP und ihre Gewerkschaftsbürokratie unzweideutig entlarven als das, was sie tatsächlich sind, als Kriegsverbündete der imperialistischen Räuber gegen die SU.

Auch der Kreml mit der gesamten Stalinbürokratie kämpft wütend "für die Freiheit" - nämlich für die Freiheit von jeder Kontrolle der Betriebe, Gewerkschaften, Genossenschaften, der Partei durch die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger im Verhältnis zu den Massen beruht das Regime in Stalinrussland, in den "Volksdemokratien" auf dem Grundsatz: Frei sein von jeder Arbeiterkontrolle! (Sinngemäss gilt das auch vom Titoregime, das infolge seiner relativen Schwäche gezwungen ist, den Massen gegenüber vorsichtiger zu operieren). Mit Phrasen über "Marxismus", "Marxismus-Leninismus", "Sozialismus", "Kommunismus" suchen Stalinbürokratie (und Titobürokratie) zu verdecken, dass ihr Regime sich gründet auf das Unterdrücken der proletarischen Demokratie der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger.

Wir sind auch für den sozialistischen Freiheitskampf, für den Kampf um die Befreiung der Ausgebeuteten, Unterdrückten in Stadt und Dorf von

jeglicher Unterdrückung, Ausplünderung, Ausbeutung. Allein dieser Kampf kann ernstlich ehrlich, wirksam geführt werden nur vom Boden der Klasseninteressen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten und der mit ihnen, unter Führung der Arbeiterklasse, verbündeten Kleinbauern, Kleinbürger. Das bedeutet:

a) Dieser Kampf kann ernstlich, ehrlich, wirksam geführt werden niemals im Bündnis mit der Kapitalistenklasse oder auch nur mit einem Teil derselben oder mit einer Politik, die auf ein solches Bündnis ausgeht, sondern stets nur im konsequenten Kampf grundlegend gegen die gesamte Bourgeoisie und jeden ihrer Teile

b) Dieser Kampf kann ernstlich, ehrlich wirksam geführt werden niemals vom Standpunkt eines Volkes, sei es des russischen, englischen, deutschen, österreichischen, jugoslawischen oder sonst eines Volkes, sondern stets nur im konsequenten Kampf auf der Grundlinie der den Arbeitern ausnahmslos aller Länder dauernd gemeinsamen Interessen, mit einem Wort auf der Grundlinie des proletarischen Internationalismus. Gewiss die besonderen Interessen der ausgebeuteten, unterdrückten Volksmassen eines jeden Landes müssen sorgfältig berücksichtigt werden, aber stets in U n t e r o r d n u n g unter die gemeinsamen Dauerinteressen der Weltarbeiterklasse.

c) Dieser Kampf kann ernstlich, ehrlich, wirksam geführt werden niemals durch Kampf für "D i E Demokratie", das ist die Bourgeoisiedemokratie), niemals durch Kampf für die "Volksdemokratie", niemals durch Kampf für die "Tito-demokratie", sondern einzig und allein durch Kampf für die p r o l e t a r i s c h e Demokratie: das ist für die proletarischdemokratische Herrschaft der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger, dieser ungeheuren Volksmehrheit, unter der Führung der Arbeiterklasse; sie muss ihren ersten Ausdruck finden in einer von Kapitalisten und kapitalistischen Vertretern freien Regierung der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger, unter der Führung der Arbeiterklasse.

Demokratie in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei, Staat, Gesamtwirtschaft, ausgeübt durch die Arbeiter,

Angestellten, niedern Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger - das ist der wesentliche Inhalt der proletarischen Demokratie. Ihnen - kollektiv - muß zustehen Eigentum, Verfügung, Verwaltung, Kontrolle über die entscheidenden Produktionsmittel. Nach ihren Interessen muss der proletarischdemokratische Staat aufgebaut sein; über alle öffentlichen Funktionäre, vom untersten bis zum höchsten, müssen sie eine ständige, wirksame proletarischdemokratische Kontrolle ausüben.

Zum Erkämpfen der proletarischen Demokratie und zum Leiten ihres gesamten Kampfes überhaupt müssen sich die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten aufbauen die

proletarischdemokratische Arbeiterpartei.

+++++

Kartelle und Staat

Man kann sagen, daß in Oesterreich alle Produktionszweige aus Kartellen, oder Monopolen bestehen. Die Kartellherren bestimmen, was und wieviel produziert werden soll, sie bestimmen die Preise zu ihrem alleinigem Vorteil, halten die Löhne so tief als möglich, zum Schaden der Konsumenten, der Massen, ja der ganzen Wirtschaft. Die Kartelle sind viel mächtiger als einzelne Kapitalisten. Sie haben aber noch ein sehr wirksames Mittel um ihre Interessen durchzusetzen: "den Staat". Alle wichtigen Kommandoposten sind in ihren oder ihnen ergebenden Händen, das sind die hohen Beamten, die Bürokratie, im Finanzministerium, im Handelsministerium, Polizei usw. Sie führen die Befehle ihrer Herren aus, formulieren Gesetze so, daß sie durch ihre Maschen durchschlüpfen können, der Sparakon: tenprozess hat deutlich gezeigt. Aber es kommt noch anders. Die AZ von 20. Juni schreibt:

Die Folgen der privaten Kartellwirtschaft zeigen sich zum Beispiel in der Textilindustrie, die finanziell von der Creditanstalt abhängig ist, einer staatlichen Großbank, die unter der Kontrolle des Finanzministeriums steht. Das Textilkartell aber

setzt die Preise fest und es hält auch die Textilpreise hoch. Der Gewerkschaftsbund stellt zur Zeit Erhebungen an, wie viele solcher Kartelle unter der Patronanz des Finanzministeriums stehen und ihre soziale nachteilige Tätigkeit ausüben können!

Also das Finanzministerium fördert die Kartelle ganz offen. Der Staat ist ein Instrument der Kapitalistenklasse, gegen die Arbeiterklasse. Wer das verschleiert oder verschweigt, oder beschönigt, betrügt die Massen. Gerade das tut die SP, und Gewerkschaftsbürokratie. Das Kartellgesetz ist eine Augenauswischerei, und wird dem Bedürfnis der Kartellherren angepaßt, und alles bleibt beim alten. Was die SP und Gewerkschaftsbürokratie aber will, ist, daß man ihre Zustimmung kaufen soll um gut bezahlte Posten.

=====

Kapitulationsgesetze der SP Führung

Die Gesetzgebung in der österreichischen, kapitalistischen "Demokratie" unter Zuhilfenahme der SP Iakaien ist für die Verräter so kompromittierend, daß sie es garnicht wagen, die Arbeiterschaft über den vollen Wortlaut und Sinn gewisser Gesetze zu informieren. Erst unter dem Eindruck riesiger, stinkender Korruptionsaffären, bzw. frecher Unternehmerangriffe und reaktionärer Scharfmacherie bekommen die armen Volksmassen eine Ahnung, wie tief eigentlich die SP-Führung auf die Linie des Klassenverrats gesunken ist. Die SPerrkontenprozesse haben bewiesen, daß man geradezu von einer Mittäterschaft der SP an diesen Reichenbetrug sprechen kann, denn sie mußte wissen welche bewußte Lücken das Währungsengesetz aufwies. Die aufreizend arbeitfeindlich gehaltene Staffeldung der Besatzungssteuer ist ein weiteres Beispiel und es ist zu erwarten, daß die SP Führung bei dem kommenden Mietengesetz ebensosehändlich kapitulieren wird wie bisher. Nur weiß man noch nicht, wie die betrügerische Formulierung aussehen soll.

Bei all diesen Gesetzen hat aber die SP noch die Ausrede zur Hand, daß sie kein wirtschaftspolitisches Gegengewicht besitzt, um die Angriffe der Kapitalisten abzuwehren. Wie steht es aber mit den Sozialgesetzen, hinter denen die milli-

onenfache Kraft der Arbeitermassen stehen soll und wo sogar ein eigener Minister dieser famosen "Arbeiterpartei" bestellt ist? Ein Blick auf das Betriebsrätegesetz, das man zynisch als das "beste von allen" bezeichnet, zeigt, wie man auch hier auf dem ureigensten Kampfgebiet der Arbeiterklasse, durch Kapitulation vor den Ausbeutern nur ein jämmerliches Kompromiss zustandebrachte. Wie frech und sicher die Kapitalisten ihre Angriffe durch die Gesetzhintertürln gegen die Arbeiterschaft vertragen, beweist eine Notiz in dem Organ der niederösterreichischen Handelskammer.

Hier wird durch Entscheid des Verwaltungsgerichtshofes bestätigt, daß Betriebsräten nicht einmal zu Kollektivvertragsverhandlungen eine bezahlte Freizeit zusteht. Weiteres wird gerichtlich bestätigt daß die Unternehmer bei Betriebsratswahlen gegen ihnen unbeliebte Kandidaten Einspruch erheben können. Bei Kleinbetrieben führt das in der Praxis zu ausgesprochenen Unternehmerterror.

So sieht also die Sozialgesetzgebung unter der SP Führung aus. Ein Gesetz fehlt noch, das die gesamte Arbeiterschaft, geführt von einer proletarisch-demokratischen Arbeiterpartei, beschließen müßte: Nämlich diesen Bonzen und Verrätern endlich den verdienten Fußtritt zu geben!

Darum helfe mit, die proletarisch-demokratische Arbeiterpartei zu schaffen

+++++

Wie sie verdienen

Aus der Wiener Tageszeitung vom 2. Juli 1950:

Die österreichische Brau-AG zahlt 6% Dividende. Diese AG konnte trotz Kriegszerstörungen im Jahre 1949 ihr Anlagevermögen um 14.6. Millionen S. und das Umlaufvermögen um 16 Millionen S erhöhen.....

Wie groß waren diese Posten vor der Erhöhung? Und schon werden wieder der fette Dividenden bezahlt. Das ist aber nur zusätzlich zu dem Profit, den die Herren Präsidenten, Direktoren und Aufsichtsräte erhalten.

+++++